

Kleine Anfrage
der Abgeordneten Mauk, Reichmann und Genossen

betr. Krise auf dem Apfelmarkt

Wir fragen die Bundesregierung:

Angesichts der derzeitigen katastrophalen Lage auf dem Apfelmarkt in der Bundesrepublik, die durch ein überdurchschnittlich großes Angebot und hierdurch bedingt durch schwere Preiszusammenbrüche in allen Anbaugebieten gekennzeichnet ist, fragen wir die Bundesregierung:

1. Was sie unverzüglich zu tun gedenkt, um den Apfelmarkt von den zusätzlichen und vermeidbaren Drittlandlieferungen zu entlasten?
2. Ob ihr bekannt ist, daß seit Mitte September durch die nachhaltige Unterschreitung der Apfelkrisenpreise der EWG-Verordnung Nr. 159/66 auch im Bundesgebiet die Voraussetzungen dafür gegeben sind, die gemeinschaftlichen Marktstabilisierungsmaßnahmen anzuwenden?
3. Wann sie endlich die deutschen Erzeuger an den Maßnahmen der EWG-Verordnung Nr. 159/66 beteiligt, um sie in die Lage zu versetzen, im gleichen Maße wie in den anderen Partnerländern im Falle derartiger Absatzkrisen die Angebote auch hinsichtlich der Mengen den Markterfordernissen anzupassen?
4. Warum sie trotz der EWG-Qualitätsbestimmungen, die eine genügende Entwicklung des Reifegrades der Äpfel mit Rücksicht auf die Anforderungen des Marktes vorschreiben, ausländische Lieferungen unreifer Äpfel nicht zurückweist?

Bonn, den 6. Oktober 1967

Mauk
Reichmann
Frau Dr. Diemer-Nicolaus
Dorn
Dr. Imle
Jung
Logemann
Mertes
Moersch

Dr. Mühlhan
Ollesch
Opitz
Peters (Poppenbüll)
Porsch
Schmidt (Kempten)
Schultz (Gau-Bischofsheim)
Wächter

